

Frank Deppe

Gewerkschaften '92 und die Renaissance der sozialen Frage

Überlegungen*

Wenn derzeit überhaupt von einer "neuen Qualität" gesprochen werden darf, so kann sich diese allein auf den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kontext beziehen, in dem die Akteure ihre Positionen und Strategien definierten. Die Tarifrunde '92 war die erste große soziale Auseinandersetzung im "neuen Deutschland". Sie stand im Zeichen nicht nur der ungleichen Entwicklung im Westen und im Osten des Landes, sondern auch der Politik des Anschlusses, deren primitive marktradikale Prämissen und Versprechungen zunehmend widerlegt und unglaubwürdig geworden sind. Sie stand aber auch im Zeichen jener über Deutschland in den europäischen und weltpolitischen Zusammenhang übergreifenden Strukturwandlungen von wirtschaftlichen und politischen Ordnungen.

Tarifrunde '92 - Brisanz der Verteilungsfrage

Schon bei oberflächlicher Betrachtung der Tarifbewegung '92 in Deutschland fallen einige besondere Merkmale auf:

- Nach der Anzahl der Streiks und der ausgefallenen Arbeitstage wird das Jahr 1992 zu den streikintensivsten in der Geschichte der BRD seit 1949 gehören.

- Es waren nicht allein die großen Gewerkschaften - und hier in erster Linie die Gewerkschaft ÖTV -, die das Profil der Auseinandersetzung bestimmten. Zahlreiche der sog. kleinen Gewerkschaften - und zwar nicht nur die traditionell konfliktfreundige IG Medien, sondern auch z.B. die Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) sowie die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG) - traten in Streiks, um Lohnerhöhungen (z.T. weit über der 5,4%-Grenze) durchzusetzen. Dazu kam, daß die Gewerkschaft HBV zum ersten Mal in ihrer Geschichte (zusammen mit der DAG) ihre Mitglieder bei den Banken zu breiteren Arbeitskampfkationen zu mobilisieren vermochte.

- Die IG Metall, die traditionell die Rolle einer "Lokomotive" einer aktiven Tarifpolitik beansprucht, geriet diesmal eher an den Rand des Geschehens. Sie überließ nicht allein der Gewerkschaft ÖTV die "Tarifführerschaft" und profitierte damit von der "Eisbrecher"-Funktion der Streiks im öffentlichen Dienst. Sie akzeptierte auch ein Verhandlungsergebnis, das zumindest für

* Auszüge aus einem längeren Manuskript.

die letzten 9 Monate (bei einer Laufzeit von 21 Monaten, die die IG Metall für das kommende Jahr ebenfalls von der lohnpolitischen Tarifführerschaft entlastet) ein deutliches Signal für Lohnverzicht setzte.

Die Angst vor dem "AFG 116" scheint für die Führung der IG Metall eine immer größere Rolle zu spielen. Obwohl seit 1985 (z.B. beim "Göppinger Forum") und im Vorfeld der nachfolgenden Tarifaufeinandersetzungen immer wieder strategische und taktische Konzepte zur möglichen Neutralisierung der Wirkungen der legalisierten "kalten Aussperrung" ausgearbeitet wurden, setzt sich offensichtlich immer mehr die Auffassung durch, daß die Risiken eines großen Arbeitskampfes für die Durchsetzungsmacht der IG Metall eher noch zugenommen haben und daß deshalb die Suche nach Kompromissen Vorrang hat. Ist die IG Metall erpreßbar geworden?

- In allen Urabstimmungen, aber auch bei den Warnstreiks, zeichnete sich ein enormer Druck von unten ab, vor allem bei den unteren Einkommensgruppen. Während früher haupt- und ehrenamtliche FunktionärInnen oftmals darüber klagten, daß sie ihre Mitglieder in die Aktionen "hineintreiben" müssen, hatte es in diesem Jahr gelegentlich den Anschein, als werde die Führung des Apparats "von unten" getrieben. Mehr noch, die Basis übte massive Kritik an der Politik der Führung (was besonders für die Mehrheit gilt, die das Verhandlungsergebnis der ÖTV-Führung ablehnte und die damit die Organisation in eine Krise stürzte). In diesem Druck von unten artikulierte sich die Empörung eines großen Teils der "einfachen" Mitglieder über Reallohnsenkungen (durch Miet- und Preissteigerungen, Erhöhung staatlicher Abgaben und Steuern, Erhöhung der Beiträge zur Sozialversicherung), aber auch die Empörung über eine Regierungspolitik, die die Kosten der Einheit "nach unten" abwälzt und dies mit absolut unglaubwürdigen Appellen an die nationale Solidarität verbindet.

Wesentlich schwieriger ist die Frage nach der politischen Qualität dieses Drucks, genauer: nach der politischen Qualität dieser Basis-Führungs-Beziehung, zu beantworten. Die populistischen Affekte, die notwendig bei jeder Zuspitzung der Tarifaufeinandersetzung bis zum Streik mobilisiert werden (von unten: "unsere Monika"; "unser Franz" - von oben: "Jetzt geht's nicht mehr um Prozente, sondern um die Ehre!" - oder: "Wer Wind sät, wird Sturm ernten!"), sind natürlich äußerst labil. Deshalb fühlt sich die Basis, die einen längeren Streik geführt hat, auch oftmals zum Schluß, wenn das Ergebnis vorliegt, von der Führung verschaukelt, manipuliert oder - noch schlimmer - verraten.

Dennoch steht der labile Populismus in der Beziehung von Basis und Führung heute in einem anderen Kontext. Schon seit einiger Zeit wird in einigen Gewerkschaften offen über eine Organisationskrise gesprochen. Dabei geht es zum einen um den zurückbleibenden, oftmals sogar absinkenden Organisationsgrad bei Jugendlichen, Frauen und den sog. "neuen Gruppen der ArbeitnehmerInnen" (vor allem bei den Angestellten). Zum anderen

aber - und hier greift die Organisationskrise tiefer - geht die Tendenz zu einer Verbetrieblichung der Gewerkschaftspolitik mit einer - oftmals geradezu dramatischen - Erosion des sog. mittleren Elements der gewerkschaftlichen Organisationsstruktur einher. Die Erosion des "mittleren" Elements steht letztlich für den Verlust, gewerkschaftliche Interessenvertretung kontinuierlich und stabil um einen möglichst breiten - und moralisch-politisch hoch motivierten - Kern von ehren- und hauptamtlichen AktivistInnen auf den unteren und mittleren Ebenen der Organisation zu bauen. Verfällt dieses Element der Vermittlung, dann gewinnen die Beziehungen von Basis und Führung eine neue politische Qualität, die sowohl durch eine passive Dienstleistungs- bzw. Versicherungsmentalität, aber auch durch den wachsenden Einfluß populistischer Stimmungen charakterisiert ist.

Wenn die Lohnerhöhungen noch vor dem Ende der Laufzeit längst wieder "aufgefressen" sind, dann könnte sich für viele Mitglieder die Frage nach dem Sinn und Zweck des Gewerkschaftsbeitrages stellen.

Die Militanz der Lohnkämpfe (das ist zugleich eine Erfahrung, die sich besonders am Beispiel des Niedergangs der britischen und der US-amerikanischen Gewerkschaften in den 80er Jahren illustrieren läßt) ist also überhaupt keine Garantie für die Stabilität und einen Machtzuwachs der gewerkschaftlichen Interessenvertretung. Die "Lohnmaschinen" geraten stets an ihre Grenzen, wo sich durch Wirtschaftskrisen und den Anstieg der Massenarbeitslosigkeit, durch die Internationalisierung der Kapitalinvestitionen und der Produktion sowie durch Staatseingriffe in die Defensive gedrängt werden. Die politische Qualität von Lohnkämpfen stets in einem engen Zusammenhang mit der gesellschaftlichen und politischen Macht, die die Gewerkschaften zu entwickeln vermögen. Diese Macht hängt nicht allein von der Mitglieder- und Finanzstärke ab, sondern auch von der Fähigkeit, unterschiedliche Interessen von Lohnabhängigen in einem weiten Spektrum der Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen programatisch und politisch zu vertreten.

Obwohl darauf aufmerksam gemacht werden muß, daß die Lohnkämpfe aufgrund ihrer Partikularität mit enormen Risiken behaftet sind, so drängt sich doch schon bei einer ersten Bilanzierung der besonderen Merkmale der Tarifrunde '92 der Sachverhalt auf, daß zusammen mit der "Lohnfrage" nachgerade "klassische" Themen der Verteilungspolitik und der damit verbundenen Problematik der sozialen Ungleichheit (national und international) wieder in den Vordergrund der sozialen und politischen Auseinandersetzungen getreten sind. Gerhard Bäcker vom WSI des DGB faßt diesen Wandel der Problemlagen - auch im Blick auf die Debatten der späten 80er Jahre - wie folgt zusammen: "Noch im November 1990, auf dem Hattinger Forum der Hans-Böckler-Stiftung 'Jenseits der Beschlußlage', auf dem das gleichnamige Gutachten vorgestellt wurde und zur Diskussion stand, galt es als unwidersprochen, daß in den 90er Jahren die neuen, eher

'postmateriellen' Themen die politische Tagesordnung der Gewerkschaften in der Bundesrepublik bestimmen werden ... Meine These ist hingegen, daß im Prozeß sowohl der deutschen Vereinigung als auch der politischen und ökonomischen Umbrüche in den ehemals sozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas nachholende und expandierende Modernisierung aufeinanderprallen und die 'klassischen' sozialen Konflikte wieder an Gewicht gewinnen werden. Das Wiederaufflammen der sozialen Frage wird zwar nicht dazu führen, daß die 'neuen' Themen und Probleme verdrängt werden. Aber sie dürften überlagert und modifiziert werden."¹

Die klassischen gewerkschaftlichen Schutzfunktionen haben angesichts der Erfahrung von Kaufkraft- und Reallohnverlusten, von alten und neuen Strukturen der sozialen Ungleichheit in und zwischen Ost- und Westdeutschland an Bedeutung gewonnen. Dennoch wäre es ein höchst gefährlicher Trugschluß, von diesem Sachverhalt auf eine Renaissance der klassischen Muster des sozialökonomischen Konfliktes oder gar des Klassenkampfes zwischen Kapital und Arbeit schließen zu wollen. Beschränken wir uns zunächst auf die eher vorsichtige Schlußfolgerung, daß gewerkschaftliche Interessenvertretung - auch in einem umfassenden Sinne - nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie an der "Lohnfront" nicht versagt und die Loyalität ihrer "einfachen" Mitglieder nicht verspielt.

Rahmenbedingungen der Verteilungsfrage heute

Um die Borniertheit einer rein verteilungspolitischen Debatte in den Gewerkschaften zu überwinden, muß die Frage beantwortet werden, warum der Verteilungskonflikt im Jahre 1992 in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen getreten ist. Die Antwort auf diese Frage läßt sich nur im Zusammenhang der weltpolitischen Umbrüche seit 1989 (und darin eingeschlossen: der Veränderung der politischen Landkarte Europas durch die machtpolitische Aufwertung des "neuen Deutschland" in der Mitte Europas) sowie der nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung und der darauf beruhenden strategischen Neuorientierung des herrschenden neokonservativen Blocks erarbeiten. Diese neuen Konstellationen haben nicht allein die äußeren Handlungsbedingungen der Gewerkschaften verändert. Sie berühren unmittelbar die Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen und das für die "alte BRD" charakteristische (und bislang außerordentlich stabile) Modell der Regulation der Klassenbeziehungen, oder - im engeren Sinne - der industriellen Beziehungen. Damit greifen sie unmittelbar in die Kernstruktur der gewerkschaftlichen Interessenvertretung ein.

Die Erinnerung an die geschichtlichen Erfahrungen der Kämpfe in der Nachkriegszeit um Mitbestimmung (1951) und Betriebsverfassungsgesetz

¹ Gerhard Bäcker, Gespaltene Gewerkschaften in einem gespaltenen Land, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/1992, S. 605.

(1952) macht zum einen darauf aufmerksam, daß der Verlust historischen Bewußtseins, der im vergangenen Jahrzehnt - auch unter dem Einfluß der gewiß wichtigen "Zukunftsdebatten" - um sich gegriffen hat, zugleich ein Ausdruck strategischer Schwäche ist. Zum anderen wird im Vergleich zur ersten Gründungsphase der Republik besonders deutlich, daß die DGB-Gewerkschaften in der zweiten Gründungsphase - seit 1989 - eben nicht Träger eines Neuordnungsprojektes (einschließlich eines Verfassungsprojektes), sondern eher die Verwalter eines defensiven Pragmatismus geworden sind, die aufgrund eines fehlenden Alternativprogramms zur Politik und Ideologie des herrschenden Blocks eher zu einer subalternen gesellschaftspolitischen Rolle verurteilt sind.

Politik bewegt sich stets im Schnittpunkt verschiedener Realitäten, die sich ihrerseits nach eigenen, nicht-kongruenten Funktionslogiken entwickeln. Politik als ein Prozeß der "Blockbildung" vollbringt daher stets eine (abstrahierende) Vermittlungs- und Aggregationsleistung. Bezogen auf eine je konkret historische Situation verdichtet sie diese verschiedenen Realitäten insofern, als sie Handlungs- und Entscheidungsprioritäten setzt. In demokratischen Systemen ist sie zudem darauf angewiesen, daß in der Öffentlichkeit, vor allem aber bei Wahlen Mehrheiten im "Volk" für solche Entscheidungen mobilisiert werden. Dabei spielen die Medien eine immer wichtigere Rolle.

Diese Prioritätensetzung ist sowohl international (hier sind die Nationalstaaten die wichtigsten Akteure) als auch national (hier sind die politischen Organisationen und die nichtstaatlichen Verbände die wichtigsten Akteure) heftig umkämpft. Sie vollzieht sich stets in der Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Interessenblöcken, die in letzter Instanz die sozialökonomische Grundverfassung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung - im politischen Raum - artikulieren.

Krisen in der Funktionsweise politischer Systeme treten dann ein, wenn die relativ eigenständig wirkenden Logiken der Teilrealitäten sich so weit gegeneinander verselbständigen, daß sie auf der Ebene der politischen Problemwahrnehmung und -verarbeitung nicht mehr gebündelt werden können und sich gegenseitig blockieren. Mit anderen Worten - während in Perioden politischer Stabilität die zentripetalen Tendenzen dominieren, setzen sich in der Krise die zentrifugalen (auseinanderstrebenden) Tendenzen durch und erschweren die Aggregationsleistung politischen Handelns. Solche Widersprüche erscheinen dann auf der Oberfläche als Handlungsinkompetenz oder als Führungsschwäche der politischen Institutionen, Organisationen sowie ihrer Führungsgruppen und -persönlichkeiten.

Zwei Widerspruchsbeziehungen zwischen asymmetrischen Funktionslogiken, die die Politik - in ihrer herkömmlichen Form - "überfordern", sollten im folgenden etwas ausführlicher diskutiert werden.

Weltmarkt und Nationalstaat. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden - unter US-amerikanischer Hegemonie - Wachstum und Stabilität der kapi-

talistischen Weltwirtschaft wesentlich durch die Komplementarität zwischen den Normen einer liberalen Weltwirtschaft und dem System des nationalen Keynesianismus gewährleistet. "Die Regierungen konnten die Forderungen ihrer einheimischen Wähler erfüllen und Vollbeschäftigung durch eine Politik der Nachfrigestimulierung sowie durch Wohlfahrtsprogramme fördern, ohne daß dadurch ihre Bindung an eine stabile, übernationale Wirtschaft geopfert werden mußte"². Diese Beziehung ist seit den 70er Jahren - beginnend mit dem Verfall des Währungssystems von Bretton-Woods, das die monetäre Hegemonie der USA über die regulierte Weltgeldfunktion des Dollar gestützt hatte, - zunehmend aufgebrochen.

Der - nach den Weltwirtschaftskrisen 1974/76 und 1980/82 einsetzende - neue Schub der Internationalisierung der kapitalistischen Weltwirtschaft konzentrierte sich mehr und mehr auf die entwickelten Zentren der "Triade" (Nordamerika, Westeuropa, Ostasien) und auf die Schlüsselsektoren der Hochtechnologie (vor allem im Kommunikationssektor). Er wurde von einer Liberalisierung der Finanzmärkte begleitet, die ein Karussell von (nationalen und internationalen) Krediten, Zins- und Währungsspekulationen auslöste und die Verschuldung nicht allein der Entwicklungsländer, sondern vor allem der USA vorantrieb. "Unternehmerische Aktivitäten verlagern sich - im Vergleich zu den 60er und 70er Jahren - von der Produktion von Waren und Dienstleistungen auf Finanzanlagen. Die 'fordistischen' Unternehmenskonzepte sind ja höchst anfällig für Kapazitätsauslastung und Kapitalkosten (Zinsen), die die 'Regulationsweise' unterminieren können, die auf korporativem Konsens zwischen Lohnarbeit und 'produktivem' Kapital beruht. Dieser aber wird aufgelöst, wenn die Kapitalkosten gegenüber den Arbeitskosten an Bedeutung erlangen. Durch steigende Zinsen wird folglich ein soziales Modell in Frage gestellt. Dabei verändert sich die 'Unternehmenskultur' "³.

Auf der anderen Seite bewirkt der "Sachzwang Weltmarkt" die Auflösung von sozialökonomischen Strukturen und politischen Regulationsformen, die die "fordistische" Periode des Kapitalismus ausgezeichnet hatten. Weltmarktorientierte Modernisierung verlangt von der Politik, daß sie ein Umfeld schafft, in dem private Unternehmen sich frei entfalten können, um im globalen Wettbewerb dynamisch, flexibel und innovationsfähig zu sein. Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, unternehmerfreundliche Fiskal- und Sozialpolitik, Deregulierung und Flexibilisierung waren in den 80er Jahren Bestandteile jener neokonservativen Politik, die den Druck der Globalisierung in die Innenpolitik mit dem Abbau des Sozialstaates, dem Angriff auf die Rechte von Gewerkschaften und Lohnabhängigen sowie mit der Akzeptanz neuer sozialer Spaltung und Segmentierungen übersetzte.

² Robert Gilpin, *The Political Economy of International Relations*, Princeton 1987, S. 335).

³ Elmar Altwater, *Die Zukunft des Marktes*, Münster 1991, S. 159.

Der zweite Widerspruchskomplex, in den die Renaissance der "sozialen Frage" eingebettet ist, speist sich aus der *Spannung zwischen weltmarktorientierter Modernisierung und gesellschaftlicher Desintegration*. Auf einer sehr abstrakten Ebene könnte die Krise der Politik darin verortet werden, daß sich die Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft "enthierarchisiert" hat, daß der Versuch der politisch-staatlichen Regulation, die Entwicklungslogiken gesellschaftlicher Teilsysteme politisch "einzubinden", immer weniger erfolgreich funktioniert.⁴ Vor dem Hintergrund der Globalisierung der kapitalistischen Weltwirtschaft läßt sich dieser Gedanke so konkretisieren: Im Ellenbogenkampf der Konzerne und Nationen um Marktanteile, Direktinvestitionen und Produktivitätsvorteile treten nach innen die "Schattenseiten" dieses Modernisierungsprozesse immer deutlicher zutage. Je mehr die staatliche Politik sich den Imperativen der Weltmarktkonkurrenz unterwirft, um so größer werden die Restriktionen, denen diese Politik im Hinblick auf die Bearbeitung der ökonomischen, sozialen und regionalen Fragmentierungen und Spaltungen unterliegt.

In Deutschland wird diese Problematik noch durch die tiefgreifende soziale Spaltung zwischen Ost- und Westdeutschland verschärft. Gerade hier zeigt sich seit 1990, daß der naive Glaube an die Selbstheilungskräfte des Marktes, die durch den "Angebotsschock" der Öffnung zum Weltmarkt ausgelöst werden sollte, soziale Katastrophen erzeugt. Diese sind nicht allein durch die Sozialpolitik, sondern nur durch eine aktive Struktur-, Industrie- und Beschäftigungspolitik sowie durch eine Finanz- und Geldpolitik zu überwinden, die darauf verzichtet, durch Steuersenkungen für die Unternehmen, Druck auf die Lohnkosten, Erhöhung der Massenverbrauchssteuern usw. die Kosten der Einheit auf die Lohnabhängigen abzuwälzen und ideologisch die Gewerkschaften (im Westen wie im Osten) zum "Sündenbock" einer gescheiterten Regierungspolitik (die natürlich von sehr harten politischen und wirtschaftlichen Machtinteressen diktiert war und ist) zu stempeln.⁵

Subordination oder Autonomie

Wir waren der Frage nachgegangen, *warum* die Verteilungsfrage aufgewertet ist und warum es für die Politik - sowohl für die staatliche als auch für die Gewerkschaftspolitik - offenbar immer schwieriger wird, entweder nach dem Muster traditioneller wirtschafts- und sozialpolitischer Interventionen (Keynesianismus plus Sozialstaat) bzw. nach dem Muster einer traditionellen gewerkschaftlichen Interessenvertretung erfolgreich auf die neuen Herausforderungen zu reagieren.

⁴ Vgl. dazu Josef Esser, *Transnationale Unternehmen und politische Regulierung. Die kapitalistische Durchdringung der Welt*, in: *Perspektiven* (Frankfurt), Nr. 13, Juli 1992, S. 30-32.

⁵ Vgl. dazu u.a. Arbeitsgruppe *Alternative Wirtschaftspolitik*, Memorandum '92, *Gegen den ökonomischen Niedergang - Industriepolitik in Ostdeutschland*, Köln 1992.

Die Ursachen für diese Entwicklung liegen vor allem in den Strukturveränderungen, die die neue Stufe der Internationalisierung des kapitalistischen Weltmarktes unter der Dominanz der transnationalen Konzerne und des Finanzkapitals auf den Handlungsspielraum des Nationalstaates bzw. auf die Imperative des nationalstaatlichen Handelns ausüben ("Sachzwang Weltmarkt"). Die staatliche Souveränität wird nicht allein ausgehöhlt, sondern mit Anforderungen - von innen und außen - konfrontiert, die nicht auf einen Nenner zu bringen sind und die die staatlichen Steuerungsressourcen - Recht und vor allem Geld - strukturell überfordern. Die Grenzen des Staatshandelns befördern aber zugleich die Prozesse gesellschaftlicher Desintegration, die dabei umso freier den Wirkungen der Profitproduktion und der Marktgesetze unterliegen. Zugleich formieren sich die verschiedenen gesellschaftlichen Akteure (Bauern, Fernfahrer, Automobilclubs, Industrielobbys, Kommunen, Naturschutzverbände, Gewerkschaften u.v.a.m.), um ihre Ansprüche geltend zu machen.

Die Erosion eines einheitlichen politischen Gestaltungswillens in einer welthistorischen Umbruchkonstellation (seit 1989) schreitet so unaufhörlich voran.

Alle Verteilungsfragen lassen sich letztlich in Geld ausdrücken. Überall fehlt Geld, um Politik zu finanzieren und die Ansprüche sozialer Gruppen zu befriedigen. Nicht nur in Deutschland, sondern in allen westlichen Metropolen hat im vergangenen Jahrzehnt die öffentliche und private Verschuldung beträchtlich zugenommen. Der Gegensatz von privatem Reichtum und öffentlicher Armut, von dem einst John Kenneth Galbraith in den 60er Jahren gesprochen hatte (um von hier aus die Notwendigkeit staatlicher Umverteilungspolitik zugunsten von Reformprogrammen wie der "Great Society" zu begründen), verschärft sich in der Gegenwart unter den spezifischen Bedingungen der Modernisierung und Transnationalisierung. Privater Reichtum wird heute insbesondere von den transnationalen Konzernen und Dienstleistungsunternehmen angeeignet (abgesehen davon, daß heute in allen Ländern, in denen die Zahl der Obdachlosen und Armen zunimmt, zugleich die Zahl der Millionäre und Milliardäre wächst!). Er manifestiert sich in den Glitzerfassaden der Bank- und Versicherungspaläste in den metropolitanen Zentren ebenso wie in den gewaltigen Kreditmassen, die auf den internationalen Finanzmärkten zirkulieren.

Auf der anderen Seite ist die zunehmende soziale Desintegration und Spaltung nicht allein Folge der neokonservativen Politik, die sozialstaatliche Leistungen abgebaut hat. Die Blockade staatlicher Steuerungskapazität wird auch dadurch verstärkt, daß nach dem Ende des Kalten Krieges in allen kapitalistischen Metropolen die Militärbudgets nach wie vor sehr hoch sind.⁶ Dazu aber kommt als wesentlicher Faktor, daß die "Gemein-

⁶ Schon der Golf-Krieg mußte - vor allem aus US-amerikanischer Sicht - als eine Aktion begriffen werden, in der - nach dem Ende des Kalten Krieges - die Funktion des Militärs und der neuen flexiblen Waffensysteme unter Beweis gestellt werden mußte. Derzeit

kosten" immer stärker steigen, die über den Staat von der Gesellschaft aufgebracht werden müssen, um die Kosten bzw. Risiken jener Transnationalisierungsprozesse aufzufangen, die von den privaten Profiteuren dieser Prozesse, den transnationalen Konzernen, nicht getragen werden. Dazu gehören z.B. die "Kohäsionskosten", die von der Bundesregierung in der EG als Preis für die Vorteile erbracht werden müssen, die die deutschen Konzerne aus dem Binnenmarkt '92 ziehen werden. In gewisser Weise gehören dazu auch die "Gemeinkosten" des Anschlusses der ehemaligen DDR; denn ihr Zweck besteht ja darin, eine Infrastruktur für die private Kapitalakkumulation und Profitproduktion zu schaffen und die sozialen Kosten des "Crash Kurses" über staatliche Fonds abzufedern.

Schließlich resultieren die Restriktionen politischer Gestaltungsfähigkeit auch aus den stetig steigenden Kosten, die durch das Zivilisationsmodell der westlichen Industriegesellschaften auf der globalen wie der nationalen und lokalen Ebene verursacht werden. Die UNO-Umweltkonferenz von Rio (Juni 92) hat auf geradezu dramatische Weise verdeutlicht, daß zwischen der Verelendung und ökologischen Zerstörung weiter Teile der "Dritten Welt" und dem Ressourcenverbrauch sowie den Schadstoffemissionen im Norden ein unmittelbarer Zusammenhang besteht⁷, und: daß - neben dem Schuldenerlaß - gewaltige Kredittransfers von Nord nach Süd notwendig sind, um dieser globalen Bedrohung zu begegnen. Der Münchner G-7-Gipfel vom Juli '92 hat freilich ebenso brutal klargestellt, daß die reichsten kapitalistischen Staaten - allen voran die USA - dazu nicht bereit sind.

Die Kosten und Risiken der industriellen Zivilisation stellen allerdings auch die nationalen, regionalen und lokalen Körperschaften vor immer schwieriger lösbare Probleme. Verkehr, Abfallbeseitigung, Reinhaltung (bzw. Entsorgung) von Wasser, Luft und Böden, Energieversorgung u.a.m. erzeugen eine Kostenspirale, die bei ebenfalls zunehmenden Sozial-, Gesundheits- und Bildungskosten letztlich strukturelle Handlungsunfähigkeit vorprogrammieren. Das Dilemma der Politik besteht dann darin, daß unter dem Primat der weltmarktorientierten Modernisierung - also der Konzerninteressen und der Marktliberalisierung - zugleich Handlungsprioritäten gesetzt werden, die die Zivilisationsrisiken sowie soziale Desintegration und deren Kosten erhöhen. Dabei wird in der Regel von relativ günstigen Wachstumsbedingungen der Weltwirtschaft in den 90er Jahren ausgegangen. Jede Abschwächung der Konjunktur oder gar eine erneute Rezession der Weltwirtschaft müßte dieses Dilemma noch zuspitzen.

entwickelt sich in der Folge des Krieges im ehemaligen Jugoslawien eine Konstellation, bei der insbesondere die EG-Staaten (die - wenn auch aus unterschiedlichen Motiven - die Perspektive einer EG-Militärmacht im Rahmen der WEU verfolgen) die Funktion ihrer militärischen Apparate neu definieren.

⁷ Vgl. dazu u.a. Elmar Altwater, Universalismus, Unipolarität, Polarisierung. Widersprüchliche Strukturprinzipien einer "neuen Weltordnung", in: Prokla, 84 (1991), S. 342 ff., bes. S. 354 ff.

Diese Skizze von Problemfeldern ist keineswegs vollständig.⁸ Jedoch sollte diese Problemskizze erkennen lassen: Der geläuterte gewerkschaftliche Pragmatismus, der unter Hinweis auf die Objektivität der "knappen Kassen" und des "Sachzwanges Weltmarkt" für tarif- und gesellschaftspolitische Vernunft (und das heißt: sozialpartnerschaftliche Kooperation) plädiert, wird solchen Anforderungen ebenso wenig gerecht wie die illusionäre Vorstellung, als ob nunmehr über die Lohnkämpfe eine Reaktivierung eines gewerkschaftlichen Radikalismus oder gar des Klassenkampfes bevorstehe. Auch jene Positionen, die - als Ersatz für die verloren gegangene sozialistische Perspektive - nunmehr auf eine zivilgesellschaftlich-ökologische Ausgestaltung des Binnenraumes entwickelter kapitalistischer Gesellschaften blicken, müssen sich fragen lassen, ob dieser neue, "sanfte Reformismus" den Realitäten überhaupt gerecht werden kann und ob er nicht mit seiner Fixierung auf angeblich postmaterielle Bedürfnisse der "neuen Arbeitnehmergruppen" zugleich einer Abkoppelung der gewerkschaftlichen Politik von den Interessen der sog. "einfachen" Mitglieder zuarbeitet.

Radikalität bei der Problemwahrnehmung und beim Nachdenken über Handlungsalternativen findet sich heute eher bei Wissenschaftlern, die im Blick auf die globalen Entwicklungstendenzen schon seit den frühen 70er Jahren vor den Gefahren und Risiken jener Zerstörungspotentiale gewarnt haben, die durch die Wachstumsdynamik der industriekapitalistischen Zivilisation freigesetzt werden. In seinem neuesten Bericht spricht der Club of Rome daher von der Notwendigkeit einer "globalen Revolution". Nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes beschleunigt sich die Entwicklung zu einem antagonistisch verfaßten "Zwei-Welten-System".

Bei der Diskussion der Lösungsstrategien erteilt der Club of Rome der Marktwirtschaft und dem einzelwirtschaftlichen Profitstreben eine eindeutige Absage: "Das System der marktwirtschaftlich orientierten Länder beruht auf dem Prinzip des Wettbewerbs und fördert den Eigennutz und letztlich die Habgier. Gäbe es keinerlei Beschränkungen, würde das brutale Wirken der Marktkräfte zu Ausbeutung, Vernachlässigung sozialer Aufgaben, Zerstörung der Umwelt und Verschwendung von Ressourcen führen, die lebenswichtig für die Zukunft sind"⁹.

Wo liegen heute die Bezugspunkte für einen Diskurs, der für die Gewerkschaften von strategischer Relevanz ist? Eine erste Antwort würde lauten, daß die Tarifbewegung '92 wie die Tarifpolitik im allgemeinen letztlich nicht "aus sich selbst", sondern nur im Zusammenhang von tiefgreifenden sozialökonomischen und politischen Veränderungen bewertet werden

⁸ Eine systematische Behandlung dieser "Krise der Politik" müßte natürlich auch ausführlicher auf die Verselbständigung der Funktionslogiken Produktion von Reichtum/Kapitalakkumulation auf der einen und globale Natur- und Umweltzerstörung auf der anderen Seite eingehen.

⁹ Alexander King/Bertrand Schneider, Die globale Revolution. Ein Bericht des Club of Rome, Spiegel-Report, Hamburg 1991, S. 110.

kann. Diese Erkenntnis ist trivial; sie gewinnt ihre konkrete Aussagekraft erst vor dem Hintergrund jenes Wandels, in den die Strategien und Ziele der Akteure eingebettet sind. Ingrid Kurz-Scherf z.B. sieht es als "eine Überlebensfrage der Gewerkschaften als gesamtgesellschaftlicher Interessenvertretung der arbeitenden Menschen" an, "ob es ihnen gelingt, die alte soziale Frage des Anspruchs der Arbeitnehmerschaft auf die Früchte ihrer Arbeit zu vermitteln mit den neuen sozialen Fragen eines solidarischen Interessenausgleichs innerhalb der Klasse der arbeitenden oder zumindest arbeitswilligen und -bedürftigen Menschen". Eine Voraussetzung, dieses Ziel zu erreichen, wäre derzeit ein "Pakt der sozialen Vernunft, in dem sich Gewerkschaften, Politik und Wirtschaft verständigen über den jeweiligen Beitrag zur Lösung der anstehenden Fragen (insbesondere bezüglich der neuen Bundesländer), statt sich weiter gegenseitig den Schwarzen Peter zuzuschieben"¹⁰.

"Vernunft" kann die Suche nach Kompromissen bedeuten, die soziale und politische Konfliktpotentiale entschärfen, die dann, wenn sie sich - z.B. in Streiks entladen - übermäßige Kosten für die Beteiligten verursachen und dazu noch die Fronten in der verteilungspolitischen Auseinandersetzung verhärten. Dennoch darf dabei nun einmal nicht von der Objektivität der Interessen, die die beteiligten Akteure leiten, abstrahiert werden. Es ist eben nicht allein eine Frage des guten Willens, ob die gegensätzlichen Interessen (hier Profite, dort Löhne und soziale Sicherungen; hier weltmarktorientierte Modernisierung, dort soziale Spaltung und Deklassierung) auf eine gemeinschaftliche Linie der Vernunft gebracht werden können. Es gibt herrschende und abhängige Interessen; es gibt dominante und subalterne Logiken gesellschaftlicher Entwicklung. Darauf beruht nicht allein die soziale Grundverfassung der Gesellschaft, sondern auch das jeweilige System der Macht- und Gegenmachtbeziehungen. Mit anderen Worten: die "Subalternen" (so nannte Gramsci die unteren gesellschaftlichen Klassen) müssen Macht entwickeln und organisieren, um die "herrschenden Gruppen" in einer bestimmten historischen Situation zeitweilig zur Vernunft zu zwingen. Diese - zugegeben nicht besonders originelle - Erkenntnis resultiert nicht allein aus geschichtlicher Erfahrung; sie drängt sich in der gegenwärtigen Situation, in der allenthalben der welthistorische Sieg des Kapitalismus über den Sozialismus gefeiert wird, geradezu auf. Gewerkschaften, die im Pakt der Vernunft eine subalterne Rolle spielen (und dabei darauf verzichten, z.B. die Interessen ihrer Mitglieder gegen Reallohnsenkungen und den Abbau sozialer Rechte im Kampf zu vertreten), haben nur zu oft ihr Mandat als "gesamtgesellschaftliche Interessenvertretung der arbeitenden Menschen" verspielt.¹¹

¹⁰ Ingrid Kurz-Scherf, Was gärt da in der breiten Mitgliedschaft der Gewerkschaften? a.a.O.

¹¹ In diesem Zusammenhang wäre auch ein offener Diskurs über die Frage zu führen, wie sich dieser Prozeß der Entmachtung als Teil der Krise der Gewerkschaften in anderen europäischen Staaten seit den späten 70er Jahren vollzogen hat. Gerade am Beispiel des

Die vorangehenden Überlegungen zu einem schwierigen Thema könnten auf zwei Gedanken zugespitzt werden:

- Es ist schon ein gewaltiger Unterschied, ob die Veränderungen unserer Zeit als ein Modernisierungsprozeß begriffen werden, in dem die Gewerkschaften keine andere Wahl haben, als sich den obwaltenden "Sachzwängen" zu unterwerfen und innerhalb der bestehenden Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse nach Gestaltungsspielräumen (die vielleicht das eigene Überleben sichern) zu suchen - oder, ob die Politik der gewerkschaftlichen Interessenvertretung im Kontext eines gesellschaftlichen und politischen Umbruchs bestimmt wird.

Der erste Weg führt zur Subordination der Gewerkschaften, zum Verzicht auf Autonomie. Er weist ihnen letztlich die Rolle eines Modernisierungsoffiziers zu. Der zweite Weg ist keineswegs einfach und klar zu bestimmen; aber er beginnt dort, wo die Gewerkschaften als gesamtgesellschaftliche Interessenvertretung der arbeitenden Menschen der herrschenden Logik, die von der weltmarktorientierten Modernisierung und der gesellschaftlichen Desintegration bestimmt wird, Widerstand entgegenzusetzen - von der Verteidigung der unmittelbaren, materiellen Interessen der abhängig Beschäftigten bis hin zur Verteidigung des sozialen und demokratischen Besitzstandes, den die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung in ihrer Geschichte sich erkämpft hat. Dieser Weg ist aber nicht durch die bloße Reaktivierung geschichtlicher Erfahrungen zu öffnen; denn es zeichnet ja die Spezifik der heutigen Widerspruchskomplexe kapitalistischer Entwicklung aus, daß sie nicht nach dem Muster einer Polarisierung der Blöcke von antagonistischen Klasseninteressen verlaufen, sondern daß sie sich nach Interessenkonflikten ausdifferenzieren, die gleichsam quer zu den alten "Klassenfronten" verlaufen bzw. diese überlagern. Hier also liegt die große und schwierige Aufgabe der "Blockbildung", der Aggregation von Interessen, die gewerkschaftliche Strategie und Programmatik zu bewältigen hat.

- Bei der Analyse der Umfeldbedingungen gewerkschaftlichen Handelns wurden besonders die "Krise der Politik", die strukturellen Restriktionen staatlichen Handelns im Kontext der neuen Stufe der Internationalisierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, behandelt. Die dabei erwähnte Ohnmacht der politischen Akteure, die sich der Allgewalt von

linken Flügels der italienischen Gewerkschaften, der CGIL und der Schriften ihres Vorsitzenden, Bruno Trentin, ließe sich der Machtverlust auch als eine Folge des Abkoppelns strategischer Diskurse (verbunden mit einer Politik der Vernunft gegenüber Staat und Kapital) von den Interessen der "einfachen" Mitglieder nachvollziehen. Da es chic geworden ist, den englischen Bergarbeiterführer Arthur Scargill als die Personifikation eines gescheiterten Arbeiterradikalismus zu verdammern, sollte ein offener Diskurs auch die These aushalten, daß die Personifikation eines linken "Modernisierers" in der europäischen Gewerkschaftsbewegung, Bruno Trentin, ebenfalls im Kabinett der "Bankrotteure" einen Ehrenplatz eingenommen hat (über die Tränen des Achille Occhetto und den von der CSU verliehenen Gamsbart für Michail Gorbatschow wollen wir erst gar nicht reden!).

"Sachzwängen" ausgesetzt sehen, darf dabei allerdings nicht als ein Naturgesetz mißverstanden werden. Richtig ist, daß die Unterwerfung unter die Imperative der weltmarktorientierten Modernisierung die Krise der politischen Regulation sowie die soziale Desintegration als quasi-naturgesetzlich erscheinen läßt. Das ist exakt das Dilemma der neokonservativen Politik, die immer größere Schwierigkeiten bekommt, die kontraproduktiven Wirkungen der Modernisierungs- und Deregulierungspolitik im Sinne der Sicherung ihrer Mehrheitsverhältnisse zu bewältigen. Die Antwort auf diese Krise des herrschenden Blocks müßte lauten, daß eine neue, eine andere Politik notwendig und möglich ist, die überzeugend zu vermitteln vermag, daß es alternative Wege der ökonomischen und ökologischen Gestaltung gibt, daß eine Veränderung gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse möglich ist, die der Dominanz der transnationalen Konzerne unterliegen, daß eine reformorientierte Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse sich keineswegs auf jene Binnenräume zu beschränken braucht, die das Management der transnationalen Konzerne zuläßt.

Schon der programmatische Entwurf einer beschäftigungspolitischen Neubewertung der Dienstleistungsgesellschaft, in der qualitativ hochwertige Dienstleistungstätigkeiten an die Stelle der "bad jobs" und der "ungeschützten Beschäftigungsverhältnisse" treten und zugleich gravierende Defizite des gesellschaftlichen Bedarfs (im Gesundheits- und Bildungssektor sowie im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes) ausgleichen, könnte in diesem Sinne als ein Ansatz des Ausbruchs aus dem stählernen Gehäuse der Sachzwänge und der vermeintlichen Alternativlosigkeit wirken. Da die Arbeitsverhältnisse nach wie vor auch für die Reproduktionsbedingungen der Gattung die entscheidenden Verhältnisse sind, wäre es vor allem Aufgabe der Gewerkschaften, auf diesem Felde als Träger einer alternativen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungsperspektive zu agieren.¹²

Ich wage natürlich nicht zu behaupten, daß damit die Lohnkämpfe oder die Auseinandersetzung um das soziale Elend im Osten Deutschlands einfacher dazustehen sind. Ich wage jedoch zu behaupten, daß die Kraft dieser Kämpfe zunehmen wird, wenn deren Subjekte von der Notwendigkeit einer solchen Alternative überzeugt werden.

¹² Vgl. dazu als Ansatz: Forum Gewerkschaften, Angst vor dem Individuum? Hamburg 1992.

Gewerkschaften

Macht und Ohnmacht von Gewerkschaftstheorien in der Gewerkschaftspolitik

Herausgegeben von

Prof. Hans Porschlegel

256 S. 1987. DM 98,- (ISBN 3-428-06263-9)

Die Gewerkschaften in der Krise? Krise der Gewerkschaften? Die Krise und die Gewerkschaften? Die Antworten auf diese Fragen fallen unterschiedlich aus. Beobachter unterschiedlicher Positionen sind sich darüber einig, daß vor allem in der letzten Dekade eine deutliche Veränderung von Stellung und Stellenwert der Gewerkschaften in den westlichen Ländern zu verzeichnen ist. Nachhaltige politische Wandlungen, vielfach in Richtung eines politischen Konservatismus und Liberalismus, veränderte Einstellungen in der jüngeren Generation, insbesondere gegenüber sozialen Organisationen, sowie innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen haben die sozialökonomische Stellung und den Stellenwert der Gewerkschaften in vielen Punkten verändert, wenngleich ihre grundlegende Rolle als zentrale Arbeitnehmerorganisation geblieben ist. Es scheint immer aktuell, zugleich aber über den Tag hinausweisend, einmal die Frage zu stellen, inwieweit Theorien der Gewerkschaften über sich selbst, aber auch Theorien anderer über die Gewerkschaften die Gewerkschaftspolitik geprägt haben und prägen werden. Die Frage nach Macht und Ohnmacht solcher Gewerkschaftstheorien war daher, in verschiedenen Facetten, Gegenstand der 18. Internationalen Tagung der Sozialakademie Dortmund.

Aus dem Vorwort des Herausgebers

Duncker & Humblot · Berlin

Postfach 41 03 29 · D-1000 Berlin 41 · Telefax (030) 79 0006 31